

Stand: 27.06.2026 12:27:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/489

"Cannabis-Legalisierung stoppen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/489 vom 21.02.2024
2. Beschluss des Plenums 19/525 vom 22.02.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 22.02.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Thomas Huber, Petra Guttenberger, Dr. Andrea Behr, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Karl Straub, Carolina Trautner, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Cannabis-Legalisierung stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt und unterstützt die Bemühungen der Staatsregierung, die auf Bundesebene geplante Legalisierung von Cannabis zu stoppen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat die Notwendigkeit eines Stopps der Cannabislegalisierung zu verdeutlichen. Dazu soll im Bundesrat ein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses für das Cannabisgesetz eingebracht werden, mit dem Ziel, den Gesetzentwurf im Bundesrat zu stoppen.

Begründung:

Bayern lehnt die durch die Bundesregierung geplante Legalisierung von Cannabis durch das Cannabisgesetz entschieden ab. Das Gesetz ist auch nach unserer Ansicht nicht nur inhaltlich und gestalterisch mangelhaft und lässt viele wichtige Fragen in Bezug auf die Umsetzung der Legalisierung und die Kontrolle im Umgang mit Cannabis offen. Im Vergleich zum ersten Entwurf des Gesetzes wurden die Konsumverbotszonen sogar noch verkleinert und Mindestabstände gestrichen. Des Weiteren wurde die Obergrenze für die erlaubte Gesamtbesitzmenge von 25 auf 50 Gramm Cannabis verdoppelt. Die Tatsache, dass im öffentlichen Raum jede Person künftig 25 Gramm Cannabis besitzen dürfte, macht es für die Strafverfolgungsbehörden zudem nahezu unmöglich, Konsumenten von Dealern zu unterscheiden. Entgegen der Auffassung des Bundesgesundheitsministers wird der Jugendschutz durch die Legalisierung nicht gestärkt. Vielmehr wird sich der Schwarzmarkt verstärkt auf minderjährige Konsumenten ausrichten und gezielt an Kinder und Jugendliche herantreten. Viele Ärztenfachverbände haben schon zu Beginn der Debatte vor den negativen Auswirkungen einer Legalisierung gewarnt, vor allem auch mit Blick auf den Kinder- und Jugendschutz. Die gesundheitlichen

Schäden durch den Konsum von Cannabis dürfen keinesfalls unterschätzt werden und bergen gerade im psychischen Bereich enorme gesundheitliche Risiken.

Auch die Auswirkungen auf den Straßenverkehr sind noch völlig ungeklärt, auch gravierende negative Auswirkungen im Bereich der inneren Sicherheit, auf den Kinder- und Jugendschutz und auf den Bereich des Gesundheitsschutzes der gesamten Bevölkerung stehen zu befürchten. Im Angesicht dieser zu erwartenden negativen Folgen muss die Cannabis-Legalisierung in Deutschland gestoppt werden. Dazu soll im Bundesrat der Vermittlungsausschuss für das Cannabisgesetz angerufen werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Thomas Huber, Petra Guttenberger, Dr. Andrea Behr, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Karl Straub, Carolina Trautner, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/489

Cannabis-Legalisierung stoppen

Der Landtag begrüßt und unterstützt die Bemühungen der Staatsregierung, die auf Bundesebene geplante Legalisierung von Cannabis zu stoppen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat die Notwendigkeit eines Stopps der Cannabislegalisierung zu verdeutlichen. Dazu soll im Bundesrat ein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses für das Cannabisgesetz eingebracht werden, mit dem Ziel, den Gesetzentwurf im Bundesrat zu stoppen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Matthias Vogler

Abg. Kerstin Celina

Abg. Steffen Vogel

Abg. Richard Graupner

Abg. Horst Arnold

Abg. Thomas Zöllner

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Staatsministerin Judith Gerlach

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Wir starten mit dem Antrag der Regierungsfractionen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und

Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Cannabis-Legalisierung stoppen (Drs. 19/489)

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Diese Woche ist keine gute Woche für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Wenn morgen im Bundestag über die Legalisierung von Cannabis abgestimmt wird, ist das der völlig falsche Weg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dieser Weg zeigt wieder einmal ganz deutlich, dass die Ampel in Berlin eigentlich an den Lebensrealitäten der Menschen vorbei handelt. Die Leute interessiert, wie wir die Probleme bei der Zuwanderung lösen können. Wie können wir die Lebensqualität der Menschen verbessern? Wie können wir Bürokratie abbauen? Wie können wir die Krankenhäuser und die medizinische Versorgung auf dem Land erhalten? Was tun wir für die Pflegekräfte? Wo bekomme ich in der Apotheke den Fiebersaft? Die Leute interessiert aber nicht, wie ich am schnellsten Cannabis bekomme.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Einmal ist sich die Kiffer-Koalition einig, nämlich bei Cannabis. Einmal! Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen muss man es schon noch einmal sagen – ich habe es von Anfang an mitbegleiten dürfen –, die Idee war, dass Cannabis kommerzialisiert wird. So ging es los. Manche haben bei diesem Thema schon von Steuereinnahmen geträumt. Nur dank eines Gutachtens aus dem Freistaat Bayern hat man deutlich gemacht, dass Europa- und Völkerrecht dagegenstehen. Das haben Sie sich vorher auch nicht überlegt. Ich werde nie vergessen, wie mich, als ich in Brüssel bei der Kommission war, dort jemand mit großen Augen angesehen hat und gesagt hat: Wir wissen eigentlich gar nicht so recht, was die Deutschen da wollen und ob sie verstanden haben, dass Europarecht gegen diese ganzen Dinge steht. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt geht der Murks halt weiter. Ich kann es nur noch mal sagen: Es ist Murks. Unabhängig davon, dass es schädlich ist, ist es Murks, der dort gemacht wird.

Ich will versuchen, das noch mal an ein paar Themen festzumachen, an Prof. Romanos, Lehrstuhl für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Leiter der Klinik in Würzburg, Präsident der einschlägigen Fachgesellschaft. Meine Damen und Herren, glauben Sie, dass Prof. Romanos jemand ist, der von dem, was er sagt, Ahnung hat?

(Michael Hofmann (CSU): Ja!)

– Schon. Ich glaube es auch. Das ist die einschlägige Fachgesellschaft. Prof. Romanos dürfte zumindest einer sein, der bei Kinder- und Jugendpsychiatrie wirklich weiß, worüber er spricht und was er sagt.

Ich will Ihnen mal vorlesen, was er zu diesem Thema sagt: Die Legalisierung wird von den kinder- und jugendpsychiatrischen Fachgesellschaften abgelehnt. Es gefährdet die Gesundheit der Jugend, und die vorgesehenen Schutzmaßnahmen sind völlig unzureichend und unwirksam. Durch die Legalisierung werden enorme Mengen von Cannabis auf den grauen Markt kommen und darüber in die Hände von Kindern und Jugendlichen gelangen. Frühe emotionale und psychotische Erkrankungen werden zunehmen.

Selbst eigene Studien des BMG haben prognostiziert, dass der Konsum unter Jugendlichen steigen wird, meine Damen und Herren.

(Michael Hofmann (CSU): Unglaublich! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Ist denn das nicht eine klare Aussage, auf die man hören sollte, selbst wenn man ein ideologisch verbrämtes Projekt vorantreibt?

(Michael Hofmann (CSU): Sehr richtig!)

Geht es nicht um den Schutz von Kindern und Jugendlichen, oder worum geht es denn eigentlich?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist das ganz Entscheidende in dieser Diskussion. Es geht um den Schutz von Kindern und Jugendlichen, auch wenn wir natürlich auch mit anderen Themen Probleme haben. Natürlich müssen wir auch bei Alkohol und Zigaretten und in anderen Bereichen aufpassen. Selbstverständlich! Das leugnet doch keiner.

Aber wir müssen auf Prävention setzen, meine Damen und Herren. Der Freistaat tut das – mit über 8 Millionen Euro. Der Bund hat jetzt 12 Millionen Euro für präventive Maßnahmen insgesamt vorgesehen. Wir wollen, dass unsere Kinder und Jugendlichen geschützt werden und nicht mit einer neuen Droge verführt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Man muss nur mal aus dem parteiübergreifenden Appell der Länderinnenminister zitieren. Es seien "gravierende negative Auswirkungen auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, den Kinder- und Jugendschutz sowie den Gesundheitsschutz zu befürchten."

Aus dem Brandbrief der SPD-Bundesinnenpolitiker Sebastian Fiedler und Sebastian Hartmann, da heißt es, "wichtige Ziele einer modernen Drogenpolitik, wie zum Beispiel die Bekämpfung der organisierten Kriminalität [...]" würden nicht erreicht.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Daniela Behrens, SPD-Innenministerin, die ich noch als Gesundheitsministerin kenne und sehr schätze, sagt: "Der nun vorliegende Entwurf ist Murks, denn es ist ein schlechter Kompromiss." – Alle guten Hinweise seien fast vollständig ignoriert worden.

Lars Castellucci, SPD, Vorsitzender des Innenausschusses, sagt: "Mein Problem sind fehlender Jugendschutz, mangelnde Möglichkeit der Kontrolle [...]."

Und so geht es weiter, meine Damen und Herren. Sven Rebehn, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes, sagt: Der Entwurf ist nicht geeignet, um zu einer nennenswerten Entlastung der Justiz beizutragen.

Jetzt kommt es noch: Jetzt soll man dann rückwirkend 100.000 Fälle noch mal beurteilen. Lieber Winfried Bausback, was das Kapazitäten bindet, um die wirklich Schuldigen zu fangen und zu verurteilen! Meine Damen und Herren, es ist ein Irrsinn, ein Irrweg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagt: "Der jetzige Weg ist die Kapitulation vor der Drogenmafia. Hoffen wir, dass Europarecht zur Anwendung kommen und die EU-Kommission diesen Irrweg stoppen wird."

Alexander Poitz, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, sagt: "Ich hoffe nicht, dass der Bundesgesundheitsminister glaubt, unsere Kolleginnen und Kollegen würden die geforderte 200-Meter-Distanz zwischen einem Konsumenten und einer Kita mit dem Zollstock nachmessen."

So geht es fort und fort.

Entscheidend sind tatsächlich die Mediziner. Wenn man in diesem Fall nicht auf Mediziner hört, wann denn sonst?

Bundesärztekammerpräsident Dr. Klaus Reinhardt sagt: Die Politik steht in der Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren. Mit der geplanten Cannabis-Legalisierung erreichen Sie aber das Gegenteil. – Das sagt der Präsident der Bundesärztekammer.

Die Verbände der Kinder- und Jugendmediziner sagen: "Die Legalisierungspläne führen zu einer Gefährdung der psychischen Gesundheit und der Entwicklungschancen junger Menschen in Deutschland."

Meine Damen und Herren, das ist die Agenda der Ampel in Berlin. Statt sich um die wirklichen Probleme der Menschen zu kümmern, kümmert sie sich um Cannabis-Legalisierung und schlägt jede Expertenmeinung aus, die ganz klar sagt: Es ist der falsche Weg.

Warum hört man denn nicht darauf? Das ist wirklich eine berechtigte Frage. Warum hört man denn nicht auf diese Experten, sondern drückt ein Projekt durch, weil es vielleicht Prestige bringt? Oder will man im nächsten Wahlkampf sagen: Wir haben die Cannabis-Legalisierung für Deutschland durchgesetzt?

Übrigens ist das international auch ein Thema, dort, wo wir sehen, dass diese Projekte nicht zum Erfolg führen. Lieber Joachim Herrmann, was wird denn in Zukunft bei dem Thema im Straßenverkehr passieren? Bekommen wir einen Grenzwert, oder sitzen die Menschen dann berauscht im Auto? Was wird denn passieren? Es ist nichts durchdacht.

(Widerspruch bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist Murks vom Anfang bis zum Ende.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Die Kiffer-Koalition mit den Murks-Brothers an der Spitze macht sich ein Gesetz zu eigen, das in diesem Land nichts verloren hat. Das ist die Wahrheit, und deswegen muss dieses Gesetz gestoppt werden. Deswegen muss der Freistaat alles tun, jede Klagemöglichkeit, alles prüfen, damit das nicht kommt. Und wenn es kommt, dann muss der Vollzug so ausgerichtet sein, dass zentrale Kontrollbehörden maximal restriktiv vorgehen. Da geht es uns nicht um eine politische Aussage. Es geht um die Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Die wollen wir vertreten, und das tun wir heute auch, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von der Kollegin Anna Rasehorn vor. – Bitte, Frau Kollegin.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Holetschek, erst einmal vielen lieben Dank für Ihren Wortbeitrag. Es gibt ja auch viele Expert:innen, die sagen, dass die Verbotspolitik gescheitert ist. Da gibt es auch viele Strafrichter:innen.

(Unruhe)

Aber auch die Polizeigewerkschaft, die GdP, sagt, dass die Polizeibeamten mit den ganzen Fällen von Jugendlichen oder auch von Kleinkriminellen überlastet sind. Sie sagen, sie wären froh, wenn sie sich gegen die Strippenzieher im Hintergrund wenden könnten und nicht mit solchen kleinen Fällen überlastet werden.

Es gibt auch eine Studie, die besagt, dass auf Cannabiskonsum bezogene Gesundheitsschäden in den Ländern, wo Cannabis teillegalisiert wurde, geringer seien als in den Ländern mit Cannabis-Verbot. Auch wenn Sie es verbieten wollen, gibt es trotzdem Cannabiskonsum hier in Deutschland, gerade auch in Bayern.

Da wäre meine Frage an Sie: Glauben Sie wirklich, dass Dealer:innen um die Ecke

(Lachen bei der AfD)

mehr auf den Gesundheitsaspekt, den Verbraucherschutz und den Jugendschutz achten als lizenzierte Geschäfte, in denen auch Kontrollen stattfinden?

(Beifall bei der SPD)

Klaus Holetschek (CSU): Sehen Sie, ich habe mich wirklich sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und versucht, es auf Faktenlage zu objektivieren. Ich habe Ihnen ja die Zitate vorgelesen. Ich habe keinen getroffen, der mir wirklich sagt, dass dieses Projekt nur den Hauch einer Chance hat, den Schwarzmarkt auszutrocknen oder Kinder und Jugendliche tatsächlich zu schützen.

Der Jugendschutz wird massiv ausgehöhlt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was ist Ihr Programm?)

Es wird etwas entstehen, was wir noch gar nicht übersehen. Ich garantiere Ihnen, dass wir in diesem Haus irgendwann über die Folgen dieses Projektes sprechen werden, in einer Art und Weise, die wirklich schwierig ist.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was ist Ihr Programm? – Michael Hofmann (CSU): Das hat er doch gesagt!)

Stellen Sie sich mal vor, was Sie mit 25 Gramm machen können. Wer kontrolliert, welche Pflanzen daheim sind? Wer soll das feststellen? Wie soll das überhaupt im Vollzug laufen? Es wird nicht funktionieren, meine Damen und Herren. Fakt ist: Möglicherweise haben in Berlin ein paar Leute schon einen Selbstversuch unternommen, weil sie hoffen, dass die Probleme kleiner werden. Die Probleme lösen sich nicht mit Drogen. Die Probleme müssen vor Ort in der Regierung gelöst werden. Das ist die Aufgabe.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Matthias Vogler.

(Beifall bei der AfD)

Matthias Vogler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kollegen, liebe Bürger zu Hause und auf der Besuchertribüne! Der eingebrachte Antrag ist zu begrüßen. In Berlin muss die Ampel-Politik endlich gestoppt werden. Verständlich, dass diese Regierung eine Legalisierung von Cannabis wünscht; denn anders können die meisten Bürger ihre Politik in Berlin nicht mehr ertragen.

(Beifall bei der AfD)

Eine Legalisierung und Förderung des Cannabiskonsums lehnen wir konsequent ab, und das aus gutem Grund. Die Auswirkungen auf alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft sind schlichtweg nicht tragbar. Unser Gesundheitssystem ist bereits an vielen Stellen überlastet. Ein Anstieg des Cannabiskonsums insbesondere bei Jugendlichen, sei es aktiv oder passiv, führt zu zahlreichen Krankheiten und Langzeitfolgen. Einige Beispiele verdeutlichen diese Risiken.

Laut Statistiken des National Institute on Drug Abuse steigen bei langfristigem Cannabiskonsum psychische Probleme und Depressionen deutlich an. Zwischen 2000 und 2018 wurde in Deutschland ein Anstieg der Zahl stationärer Krankenhausbehandlungen von 3.400 auf 19.100, also fast eine Versechsfachung, festgestellt, so das "European Journal of Public Health". Ein erhöhtes Risiko für Herzinfarkte und sogar bei jungen Menschen ein deutlicher Anstieg der Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist auch nachzuweisen, so der "Business Insider".

Die Verkehrssicherheit ist zudem gefährdet. Nach der Legalisierung von Cannabis in Kanada hat sich die Anzahl der mittelschwer verletzten Verkehrsteilnehmer verdoppelt. Das zeigt, dass Cannabis für alle Mitbürger gefährlich ist und sein kann, wenn ein bekiffter Fahrer Passanten gefährdet, egal und unabhängig davon, ob das Fahrzeug mit Elektro- oder Verbrennermotor betrieben wird.

Der Jugendschutz ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Gerade Jugendliche sollten wir von jeglichem Drogenkonsum fernhalten. Wenn der Zugang zu Cannabis erleichtert wird, wird es immer Personen geben, die diese Substanzen auch an Minderjährige weitergeben können. Studien zeigen, dass bereits bei ein- oder zweimaligem Konsum bei Jugendlichen im Alter von 10 bis 17 Jahren ein irreparabler Schaden verursacht wird. Auch den passiven Konsum im Elternhaus dürfen wir nicht vernachlässigen. Wer sagt denn, dass, wenn die Eltern kiffen sollten, die Kinder rausgeschickt werden?

Eine weitere negative Nebenwirkung des Cannabiskonsums ist, dass es immer mehr Wähler der Klimasektenjünger gibt; denn aus dieser Gruppe kommt ja die Forderung der Legalisierung dieser Einstiegsdroge.

(Beifall bei der AfD)

Es spielt auch keine Rolle, wie man es nennt oder verpackt. Auch leichte Drogen können schnell zum Einstieg in härtere Drogen werden. Daher ist es von Eltern und Politikern verantwortungslos, jegliche Form der Drogenlegalisierung zu unterstützen. Als Rettungsassistent habe ich auch zahlreiche Einsätze bei Drogenkonsumenten erlebt.

Es war nie angenehm und doch immer die gleiche Geschichte: Man begann mit leichten Drogen und steigerte sich, weil die Dosierung einfach nicht mehr ausreichte.

Wohin man gekommen ist, sieht man, wenn man Herrn Karl Lauterbach sieht. Vielleicht hat er auch etwas konsumiert; zumindest zeigt sein Gebiss einen typischen Konsumenten von Crystal. So sieht es aus, wenn man das längere Zeit nimmt. Ob er das genommen hat, ist eine Frage. Aber das ist nur ein Beispiel. Es kann ja bei ihm andere Gründe haben.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Es ist an der Zeit, klare Kante gegen solche Substanzen zu zeigen. Der alte Spruch "Keine Macht den Drogen" sollte eher lauten: Keine Macht der Ampel-Abrisstruppe in Berlin und auch niemals in München.

Wir stimmen diesem Antrag zu; denn die Gesundheit unserer Kinder und aller unserer Bürger ist uns wichtig.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina. Bitte.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Klaus Holetschek, Fakt ist doch: Die aktuelle Drogenpolitik ist gescheitert. Die Zahl der Cannabiskonsument:innen steigt. Für einen verantwortungsvollen Neuanfang ist jetzt die Zeit, und zwar gestützt auf wissenschaftliche Expertise. Ich kenne Prof. Romanos, ich schätze ihn sehr. Aber du hast den Brandbrief, den dreißig Experten vor wenigen Tagen an die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten geschickt haben, überhaupt nicht erwähnt. In dem Brief sagen dreißig Leute: Macht es endlich, macht einen Neuanfang! – Und zwar sind das Leute aus Justiz, aus Polizei, von Universitätskliniken, aus der Psychiatrie; dreißig Experten, die einen

Brandbrief schreiben und sagen: Wir können nicht so weitermachen wie bisher. – Das hast du in der Debatte überhaupt nicht gebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir kommt die ganze Debatte so vor, wie wenn ihr hier einen Kulturkampf führt, und alles tut, um der Ampel-Regierung einfach nur Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Euch geht es doch gar nicht mehr um die Gesundheit der Leute. Euch geht es darum, eure veraltete und nicht effiziente Drogenpolitik fortzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Du erwähnst auch nicht, dass es eben nicht nur um Leute geht, die Drogen missbrauchen – die gibt es bei Alkohol und anderen Drogen übrigens auch –, sondern es geht darum, dass erwachsene Menschen niedrig dosiertes Cannabis in Gesundheit verantwortungsvoll konsumieren können. Genau das ist das Ziel dieses Gesetzes. Es geht um erwachsene Menschen, es geht um Jugendschutz und darum, einen besseren Weg zu gehen als in all den Jahren zuvor.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jugendschutz – ist ja wohl lächerlich!)

– Ich höre hier von der Seite: Jugendschutz! Natürlich haben wir einen Jugendschutz drin. Wir haben diese Sichtweite von 200 Metern drin.

(Lachen und Zurufe von der CSU)

Diese Sichtweite haben wir bei Alkohol nicht. Alkohol ist die Droge, die tötet, tötet, tötet und nicht Cannabis! Der Ex-Ministerpräsident Beckstein, euer Ministerpräsident, hat vor einigen Jahren ausführlich erläutert, dass ein gestandenes Mannsbild mit zwei

Mass Bier noch locker Auto fahren könnte. Funfact: Das kann auch ein gestandenes Mannsbild nicht. Wenigstens da sollten wir uns einig sein.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU):
Geht es hier um ein Verbot von Alkohol, oder geht es um die Cannabis-Legalisierung?)

Überlegt doch mal: 18 % der erwachsenen Männer und 14 % der erwachsenen Frauen in Bayern haben Woche für Woche einen riskanten Alkoholkonsum. Junge Menschen trinken sich sehr gezielt einen Rausch an. Die Folgen: Fettleber, Bauchspeicheldrüsenkrebs, geschädigte Föten und Babys bei Alkoholmissbrauch in der Schwangerschaft. In Deutschland gibt es mehr als 20.000 alkoholbedingte Krebsneuerkrankungen jedes Jahr und 8.000 Alkoholtote jährlich. Jede zehnte Straftat wird unter Alkoholeinfluss begangen.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Viele Verkehrsunfälle und Personenschäden geschehen unter Alkoholeinfluss. Alkoholbedingte Krankheiten, Unfälle und Arbeitsausfälle kosten 57 Milliarden Euro im Jahr.

(Michael Hofmann (CSU): Sie reden am Thema vorbei! Wir reden über Cannabis-Legalisierung!)

Das alles nehmt ihr von der CSU hin. Da verweist ihr auf Präventionsprogramme und auf die verantwortliche Entscheidung freier erwachsener Menschen. Aber bei Cannabis, dem roten Tuch in eurer Stierkampfbullenarena, sollen erwachsene Menschen weiter gezwungen sein, auf dem Schwarzmarkt zu kaufen. Sie haben keine Chance, die Inhaltsstoffe zu prüfen, bekommen irgendwelches Zeug reingemischt und werden beim geringsten Besitz zum Eigenkonsum wie Dealer behandelt.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Trotz eurer restriktiven bayerischen Cannabispolitik steigt der Konsum seit Jahren an. Das Cannabisgesetz wird diesen Trend vielleicht nicht verändern. Aber der Gesundheitsschutz für Konsumenten und Konsumentinnen verändert sich. Der Handel auf dem Schwarzmarkt wird abnehmen.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte ein bisschen mehr Ruhe im Hohen Haus!

Kerstin Celina (GRÜNE): Schaut euch diesen Brandbrief an, den dreißig Experten unterschrieben haben! Menschen werden die Wahl bekommen, Cannabis, das nicht gesundheitsschädlich ist, ohne Schäden für ihre Gesundheit zu erhalten und zu konsumieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich stelle noch einmal fest, dass mit unserem Gesetzentwurf gilt: Der Konsum von Cannabis ist nicht erlaubt in unmittelbarer Nähe von Minderjährigen, in Fußgängerzonen,

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

der Verkauf an Kinder und Jugendliche wird bestraft, es gibt keine Werbung, kein Sponsoring, dafür Beratungsstellen, Aufklärung und Gesundheitsschutz. Der Konsum von Alkohol ist überall erlaubt, und es gibt keine Sperrzone. Darüber solltet ihr mal nachdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Anhaltende Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In dem Brandbrief, den die Experten und Expertinnen vor wenigen Tagen an den Bundestag geschrieben haben, weisen sie darauf hin, dass Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass eine ausgewogene Teillegalisierung, genau wie im Cannabisgesetz

vorgesehen, keine Erhöhung des Konsums zur Folge haben wird, insbesondere nicht in besonders schützenswerten Gruppen wie bei den Jugendlichen.

Zudem zeigen aktuelle Studien, die du alle nicht erwähnt hast, Klaus Holetschek,

(Klaus Holetschek (CSU): Ich kann dir alle Studien zeigen!)

dass cannabisbezogene Gesundheitsschäden in Ländern mit Legalisierung geringer sind als in Ländern mit Cannabisverbot, dass der Schwarzmarkt nennenswert reduziert wird und dass die aktuelle Stigmatisierung davon abhält, Hilfe zu suchen.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

All dies sind genügend Gründe, um endlich einen besseren Weg zu gehen als den, den Sie seit Jahren gehen und der gescheitert ist.

(Michael Hofmann (CSU): Auf nach Holland! – Beifall bei den GRÜNEN)

Eine persönliche Bemerkung zum Schluss sei mir erlaubt: Viele von uns kennen jemanden, der an Alkohol- oder Nikotinmissbrauch schwer erkrankt oder sogar gestorben ist. Auch meine Mutter zählt zu den Toten durch Lungenkrebs nach jahrelangem Nikotingenuss. Aber niemand von uns kennt jemanden, der an niedrig dosiertem Cannabisrauchen

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aber als Einstiegsdroge! Wahnsinn!)

ohne Beimischung anderer Drogen gestorben ist. Ich selbst habe in meinem ganzen Leben weder eine Zigarette noch einen Joint angerührt.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist der Hohn! Das Schicksal der Mutter zu missbrauchen ist unglaublich!)

Ich glaube, dass wir alles tun müssen, um Prävention und Aufklärung und dadurch Suchterkrankungen zu vermeiden. Aber den gelegentlichen Cannabiskonsum erwachsener Menschen zu stigmatisieren und zu kriminalisieren, ist definitiv nicht der richtige

Weg. Er hat nicht zum Erfolg geführt. Lasst uns deswegen endlich ein verantwortungsvolles neues Gesetz zur Teillegalisierung wagen. Das ist auf jeden Fall besser als das, was wir haben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegen insgesamt drei Zwischenbemerkungen vor, eine per Handzeichen des Kollegen Steffen Vogel. Bitte.

(Der Abgeordnete Steffen Vogel (CSU) versucht, das Mikrofon an seinem Platz einzuschalten.)

Wenn es technisch nicht möglich ist, dann – –

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrte Frau Celina, zunächst einmal darf ich in aller Schärfe zurückweisen, dass es uns bei diesem Antrag nur darum gehe, Ampel-Bashing zu betreiben,

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

sondern wir sind in tiefer Sorge um die Gesundheit junger Menschen und die Sicherheit des Straßenverkehrs in Bayern und in Deutschland. Dies ist die Motivation für unseren Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Der Abgeordnete Steffen Vogel (CSU) kann nicht weitersprechen, da das Mikrofon an seinem Platz nicht mehr funktioniert.)

Kerstin Celina (GRÜNE): Reicht auch, oder?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er war noch nicht fertig!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Also hier wurde das Mikrofon nicht abgedreht. Das muss an der Technik liegen. Auch wäre es sinnvoll, die Zwischenbemerkung mit der eigenen Karte und nicht per Handzeichen anzuzeigen.

Kerstin Celina (GRÜNE): Er hat die eigene Karte noch gar nicht drin.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Vielleicht wechseln Sie einfach kurz auf das Mikrofon am Nebenplatz.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sonst bieten wir dir meinen Platz an. Dort hat das Mikrofon funktioniert.

Steffen Vogel (CSU): Also noch mal: Die Frage lautet, ob Ihnen bekannt ist, dass der gelegentliche Konsum von Cannabis die Fahreignung generell ausschließt, und warum? Wir haben die große Sorge, dass Sie der Bevölkerung mit Ihrem Legalisierungsantrag verkaufen, es sei überhaupt kein Problem, Cannabis zu konsumieren. Die Bevölkerung, gerade im ländlichen Bereich, ist sich überhaupt nicht bewusst, dass schon der zweimalige Konsum von Cannabis dazu führt, dass man generell untauglich ist, am Straßenverkehr teilzunehmen. Das heißt, wenn junge Menschen in Haßfurt, in Würzburg, in Kürnach oder irgendwo Cannabis konsumieren, heißt dies, sie verlieren die – –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit der Zwischenbemerkung ist vorüber.

Steffen Vogel (CSU): Das war keine Minute!

Kerstin Celina (GRÜNE): Ich habe aber verstanden, was Sie gesagt haben. Die erste Antwort, Herr Kollege, lautet: Wir haben in der letzten Legislaturperiode eine Interpellation zur psychischen Gesundheit eingebracht und dafür explizit die Zahlen erfragt, warum Menschen in die Psychiatrie eingeliefert werden. Alkoholintoxikation ist eine der größten Gefahren für junge Menschen und Erwachsene.

(Zurufe)

Sehen Sie sich die Zahlen in der Interpellation an,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie lenken ab!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Kollegin hat jetzt das Wort!

Kerstin Celina (GRÜNE): Diese Zahlen hat die Staatsregierung auf unsere Anfrage geliefert.

Die zweite Antwort lautet: Ich glaube, die Bevölkerung auf dem Land ist sich vieler Tatsachen bewusst. Sie ist nicht dümmer als die Städter. Ich weiß überhaupt nicht, wie Sie darauf kommen!

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Abgesehen davon brüllen Sie doch in jedes Mikrofon, weshalb Sie gegen die Teillegalisierung von Cannabis sind. Außerdem stellen Sie erwachsene Menschen mit einem verantwortungsvollen Cannabiskonsum genauso wie Menschen, die drei Gläser Rotwein trinken oder eine Zigarette rauchen, als unfähig hin, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, achten Sie auf Ihre Redezeit! Diese ist abgelaufen.

Kerstin Celina (GRÜNE): – indem Sie sagen, dass sie nicht fahrtüchtig seien.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Kein Wort über Kinder! Das ist gegen Kinder!)

Kerstin Celina (GRÜNE): – Er hat nicht nach Kindern gefragt.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Jetzt gibt es eine zweite Zwischenbemerkung – Sie haben dann noch einmal die Gelegenheit zur Antwort – : von Herrn Kollegen Richard Graupner.

Richard Graupner (AfD): Frau Kollegin Celina, Sie haben in Ihrer Rede wieder das Argument der gefährlichen Beimischungen gebracht, das ich in der Diskussion oft gehört habe. Das wird immer wieder gebracht. Damit werden auch Ängste geschürt. Nun kenne ich aus der Praxis Beimischungen bei Heroin, Kokain und Amphetaminen. Das liegt auch nahe; denn das gibt es in Pulverform, wodurch man leicht etwas beimischen kann. Dies ist dann meistens das Streckmittel. Bei Marihuana- und Cannabisprodukten kenne ich das aus der Praxis eigentlich überhaupt nicht. Deswegen habe ich einmal beim Landeskriminalamt nachgefragt. Dieses hat hier ebenfalls gar keine Erkenntnisse über irgendwelche Beimischungen bei Cannabisprodukten. Deshalb meine Frage: Haben Sie eine belegbare Quelle für diese gefährlichen Beimischungen, oder ist das einfach nur ein Argument, das Sie in die Diskussion einführen, weil Ihnen tatsächlich gute Argumente für die Legalisierung fehlen?

(Beifall bei der AfD)

Kerstin Celina (GRÜNE): Haben Sie beim Landeskriminalamt auch einmal nachgefragt, wie jemand kontrollieren kann, was in seinem Cannabisstoff ist oder wie hoch der THC-Gehalt ist? Vielleicht gibt es ja Menschen, die Cannabis mit einem niedrigen THC-Gehalt haben wollen, aber auf dem Schwarzmarkt nicht in der Lage sind, dieses zu kaufen oder zu kontrollieren, weil sie keine Chance haben, dieses Produkt prüfen zu lassen, was bei jedem anderen Produkt der Fall ist.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Seidenath (CSU))

Allein das ist eine Unverschämtheit gegenüber den Menschen, die dieses Produkt konsumieren, weil der Schutz der Gesundheit dieser Menschen nicht ernst genommen wird, indem es keine Produktprüfung gibt.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen vor. – Nächster Redner ist Herr Kollege Horst Arnold von der SPD-Fraktion.

(Unruhe)

Bitte etwas Ruhe für den Kollegen!

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion ist angeregt, erregt und teilweise auch von Fehlvorstellungen gezeichnet. Ich will mit einem Zitat aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts beginnen, das nahezu dreißig Jahre alt ist, aber kürzlich wieder bestätigt wurde. Da geht es um die Verfolgung von Cannabisstraftaten: Soweit Strafgesetze Verhalten mit Strafe bedrohen, das den gelegentlichen Eigenverbrauch geringer Mengen von Cannabisprodukten vorbereitet, ist in diesen Fällen von der Verfolgung von Straftaten grundsätzlich abzusehen. – Dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist schon dreißig Jahre alt. Jetzt sprechen Sie hier davon, wie schlimm dies alles wird, aber dies ist eine Realitätsspiegelung, die uns schon dreißig Jahre beschäftigt. Damals haben die Gesetze gegolten, genauso wie bis zum heutigen Tag, und ich kann Ihnen als Staatsanwalt und Richter in unserem schönen Freistaat – als solcher war ich immerhin 17 Jahre lang tätig – sagen, ich hatte mit Drogendelikten ausreichend und hinreichend zu tun. Strafe muss sein, ja, aber Strafe als Zweck für zukünftiges rechtstreuere Verhalten hat häufig Zweifel gesät; denn bei Konsumenten wurden kriminelle Karrieren gestartet und ein Strudel wurde erzeugt. Die Kriminalisierung von Cannabis wurde tatsächlich dafür benutzt, ins gesellschaftliche Abseits zu gelangen, durch berufliche Aussichten, Führungszeugnisse usw. Alle Einträge im Bundeszentralregister nach dem BtMG sind schon jetzt nahezu für die Zukunft tödlich. Die entsprechenden Konsequenzen, die wir daraus ziehen, sind, dass wir faktisch seit sechzig Jahren versuchen, dieses Cannabisproblem mit repressiven Möglichkeiten und Kriminalisierung in den Griff zu bekommen. Ein Blick auf die Zahlen: 60 % der Drogendelikte, die laut BKA vor zwei Jahren begangen wurden, haben mit Cannabis zu tun. Davon entfallen 80 % auf den Bereich der Konsumentenkriminalität, das heißt, nicht auf Handelskriminalität, bei der Dealer und sonstige Per-

sonen bestraft werden, sondern Konsumenten. Dies sind nach Verlautbarung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung statistisch insgesamt circa 18 Millionen Menschen in diesem Land, in der Bundesrepublik, die sich hier derzeit möglicherweise oder sicher strafbar machen. Hinzu kommt, dass es sich um sogenannte Aufklärungsdelikte handelt. Das heißt, die Polizei muss hier aktiv und zu Recht prüfen, ob dafür eine Strafe möglich ist. In dem Bewusstsein, unter strafbarem Druck zu stehen, entwickelt sich eine andere Art des Umgangs mit diesen Drogen. Wir stellen fest, dass sich dieses Bewusstsein nicht auszahlt.

Herr Holetschek, wissen Sie als ehemaliger Gesundheitsminister, wie überfüllt die ambulanten und stationären Drogentherapien in dieser Zeit sind? Es ist furchtbar, drogeninduzierte Psychosen, auch durch Cannabis, feststellen zu müssen. Aber all diese Tatsachen wurden nicht durch die Ampelkoalition verursacht, sondern durch die derzeitige gesetzliche Grundlage, die bereits seit sechzig Jahren vorherrscht.

(Beifall bei der SPD)

Sie betreiben Schwarzmalerei. Wenn Sie den Schutz für Jugendliche und Kinder postulieren, bin ich voll bei Ihnen. Es ist wirklich ernst. Sie fordern den Schutz für Jugendliche und Kinder dadurch, dass eine Kriminalisierung verstetigt ausgerufen wird. Ist der Staat nicht mit dieser Art und Weise in vielen Bereichen gescheitert und kommt nur als Handwerker des Unrechts hinterher?

(Michael Hofmann (CSU): Es geht um die Verfügbarkeit, Herr Kollege!)

Wir werden der Situation so nicht Herr.

(Beifall bei der SPD)

Die Legalisierung des Konsumdelikts berührt die weitere Strafbarkeit weiterhin nicht.

(Widerspruch bei der CSU)

Strafbar ist alles, was im Zusammenhang mit Jugendlichen unter 18 Jahren geschieht. Strafbar ist nach wie vor die Abgabe an Minderjährige, das ist sogar als Verbrechen ausgestaltet. Strafbar ist nach wie vor auch der Besitz schon geringfügiger Mengen bei Jugendlichen. Weiterhin wird das Fahren unter Drogeneinfluss durch diese Gesetzgebung nicht geändert. Die Fahrerlaubnisverordnung wird nicht geändert. All die Probleme, die Sie befürchten, werden durch das Gesetz, das Sie bekämpfen wollen, nicht angerührt.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass 60 % der Drogendelikte nach wie vor Bestand in der alten Rechtslage haben. Sie weinen jetzt und befürchten die Generallegalisierung. Ich verweise auf das Bundesverfassungsgericht: Es geht um den Konsum und die Kleinkriminalität. Das beschäftigt natürlich auch die Polizei. Entsprechende Überprüfungshandlungen in der Vergangenheit sind in Nürnberg am Tiergärtnerort eingestellt worden, weil man dort zu viele Rauchpieces und Kleinportionen bei den Passanten gefunden hat. Man wollte verhindern, dass man zur Drogenhauptstadt Nummer eins wird. Das kann so auch gesteuert werden. Aber das eigentliche Problem besteht doch darin, dass wir in sechzig Jahren der Kriminalisierung und Stigmatisierung nicht weitergekommen sind. Der wahre Drogenschutz besteht doch darin, die Leute aufzuklären. Die Leute sollen vom Cannabis abgehalten werden, aber nicht aus Angst vor Strafe, sondern aufgrund von Erkenntnis. Herr Holetschek, hier haben wir in den letzten sechzig Jahren massiv versagt.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl der Drogenkonsumenten nimmt zu, und Sie beruhigen sich damit, dass Sie für ein "Weiter-so" plädieren. Herzlichen Dank dafür! Welche Perspektive ist das denn? – Das ist eine absolute Retrospektive. Damit kommen Sie in kein Gemüt einer modernen Drogenpolitik. Wir können in diesem Zusammenhang über vieles reden. Wenn der Bundesgesetzgeber in gewissen Bereichen entkriminalisieren und entstigmatisieren will, dann schafft er dadurch auch neue Räume.

Jetzt möchte ich noch ein Wort an die Staatsregierung richten: Der Freistaat hat als Verfassungsgrundsatz auch Bundestreue auszuüben. Das bedeutet, wenn der Bund Gesetze erlässt und der Freistaat sich von vornherein dagegenstellt, dann verhält man sich aus meiner Sicht nicht sauber. Seien Sie konstruktiv. Nutzen Sie die Chancen, die das neue Gesetz schafft. Zerstören Sie die neuen Chancen nicht von Anfang an; denn wer destruktiv tätig ist, der hat auch weiterhin eine derart katastrophale Bilanz im Rahmen der Drogenkriminalität wie Sie und wie der Freistaat.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt eine Meldung des Kollegen Klaus Holetschek zu einer Zwischenbemerkung vor.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege Arnold, ich kann nicht ganz nachvollziehen, warum Sie sich mit dieser Rede gegen viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen stellen, die genau das Gegenteil behaupten. Der Richterbund, Staatsanwälte und die Polizei sehen das Ganze diametral anders als Sie. Nach deren Auffassung schaffen wir eine zusätzliche neue Droge und setzen die Hemmschwelle dafür herab. Wir werden auf Prävention setzen müssen. Das tut der Freistaat bereits in hohem Maße. Genau das tun wir. Wir investieren 8 Millionen Euro in Prävention in den Schulen und in den anderen betroffenen Bereichen. Was Sie mit diesem neuen Gesetz auf die Beine stellen werden, ist Folgendes: Sie werden den Schwarzmarkt nicht bekämpfen. Sie werden dafür sorgen, dass mehr Psychosen unter Kindern und Jugendlichen entstehen. Das menschliche Gehirn ist zwischen 18 und 25 Jahren noch nicht voll ausgereift. Das Gesundheitssystem wird dadurch erneut belastet werden. Sie tun also eigentlich etwas, was wir vermeiden sollten. Wir sollten die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen schützen und nicht in Gefahr bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Horst Arnold (SPD): Herr Holetschek, danke, Sie drehen sich aber im Kreis, da die derzeitige Entwicklung katastrophal ist, da die Zahlen steigen. Wenn Sie weiterhin auf

Repression setzen, dann wird es keinen Bewusstseinswandel geben. Sie wissen doch ganz genau, dass ich nicht derjenige bin, der einen, der strafbar ist, nicht verurteilt. Da bin ich schon dabei. Aber ich sehe doch im Rahmen meiner beruflichen Praxis – das sehen viele nicht, weil sie in Vorständen sitzen oder Verbandspolitiker sind –, wie es wirklich aussieht. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen, wenn Sie zum zehnten Mal einen Konsumenten haben, der mit 3 Gramm angefangen hat und mit 10 Gramm wiederkommt; den schicken Sie dann für vier Jahre in den Knast. Wenn Sie dann noch behaupten, wir seien im Freistaat richtig unterwegs und würden dadurch die Jugend schützen, dann sage ich Ihnen: Nichts schützen Sie. Das ist nämlich möglicherweise der Vater, der Kinder hat. Die Probleme im sozialen Bereich können Sie mit 8 Millionen Euro für Prävention überhaupt nicht in den Griff bekommen.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie sind repressiv, Sie hauen drauf, Retro, Retro. Das führt bei diesen Problemen überhaupt nicht weiter.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Horst Arnold (SPD): Wenn Sie weiter darauf beharren, dann werden Sie sehen, dass Sie die Faktizität überrollen wird.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall bei der SPD)

Der nächste Redner ist der Kollege Thomas Zöllner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIE WÄHLER lehnen die geplante Legalisierung von Cannabis durch die Bundesregierung entschieden ab. Das Cannabisgesetz ist nicht nur inhaltlich und gestalterisch schlecht gemacht, sondern es lässt auch viele Fragen in Bezug auf die

Umsetzung der Legalisierung offen. Von einer Familie mit mehreren Familienmitgliedern dürfte jeder legal 25 Gramm haben. Ein Geschäftstüchtiger in dieser Familie, wenn noch kriminelle Energie vorhanden ist, wird das Cannabis dann an Jugendliche weiterveräußern. Ich glaube nicht, dass das ein guter Weg ist.

Ich schaue jetzt zu unserem Innenminister Herrmann und frage mich, wie die Polizei das alles prüfen soll. Ich sehe auch im Straßenverkehr ganz große Probleme auf uns zukommen. Sie tun so, als hätten wir im Moment keine anderen Probleme in der Gesundheitspolitik:

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fehlende Medikamentenversorgung, fehlende Ärztinnen und Ärzte auf dem Land, die Krankenhausgesellschaft schlägt Alarm. Landräte schreiben Brandbriefe nach Berlin. Bei der Krankenhausstrukturreform müssen wir abwarten, was herauskommen wird, viele Patientinnen und Patienten leiden unter Langzeitfolgen von Corona-Erkrankungen. Die derzeitige Grippewelle hat auch das Parlament etwas ausgedünnt, wir sehen RSV-Infektionen bei Frühgeborenen, Säuglingen und Kleinkindern, fehlende lebensrettende Organe für schwerkranke Langzeitpatientinnen und -patienten, Rettungsdienste am Limit, die nicht mehr wissen, wohin mit ihren Patienten, gerade am Wochenende und in der Nacht, wenn sie im ländlichen Raum herumfahren und kein Krankenhaus finden, und das alles bei akutem Fachkräftemangel in unseren Gesundheits- und Pflegeberufen. Da frage ich mich: Warum arbeiten ein Bundesgesundheitsminister und ein Bundesgesundheitsministerium mit Hochdruck an dem wichtigsten Problem der deutschen Gesundheitspolitik, an der Legalisierung von Cannabis? – Meine Damen und Herren, ich kann es nicht glauben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich schaue zu unserer Ministerin. Wir haben uns im Gesundheitsministerium die Prävention für ein langes und gesundes Leben auf die Fahne geschrieben. Gerade die Legalisierung von Cannabis und von Drogen allgemein ist gerade das schlechte Sig-

nal für unsere Jugendlichen, Kinder und unsere Bevölkerung im Allgemeinen. Wenn ich an der Isar entlangjogge, frage ich mich, wie wir die Leute mal wieder zum Sport und zu einem gesunden Leben kriegen. Das wäre wichtiger, nicht wie wir sie auf eine Parkbank bringen, damit sie sich einen Joint reinziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auf der einen Seite geben wir nämlich sehr viel Geld für Präventionsmaßnahmen aus und auf der anderen Seite legalisieren wir Drogen.

Unsere Jugendlichen sind ohnehin schon großen psychischen Belastungen ausgesetzt – die Corona-Zeit mit all ihren Einschränkungen und der sehr oft vorhandene Leistungsdruck in Schule, im Studium und im Beruf. Alles muss immer höher, schneller und weiter gehen. Jetzt sagen wir: Pfeif drauf! Wenn du erst mal 18 bist, kannst du dir legal 25 Gramm Cannabis besorgen, ziehst dir morgens erst mal einen Joint rein, und die Welt ist wieder okay.

(Horst Arnold (SPD): Wer sagt das?)

In den letzten fünf Jahren hatte ich als Bezirksrat von Unterfranken viel mit Herrn Prof. Dominikus Bönsch zu tun. Lieber Kollege Klaus Holetschek, ich bin froh, dass Sie den Prof. Romanos genommen haben. Wir haben sehr viele gute Professoren in Unterfranken. Prof. Bönsch ist der Ärztliche Direktor des Krankenhauses für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin in Lohr am Main. Herr Bönsch, also nicht ich, bezeichnet die Pläne der Ampelkoalition in unserer Heimatzeitung als "Katastrophe"!

In seiner Klinik sei der Umgang mit den Folgen des Cannabiskonsums Alltag. Im Schnitt nehme die Klinik in Lohr täglich einen Patienten oder eine Patientin mit einer Psychose auf, wobei es häufig einen Zusammenhang zwischen Cannabiskonsum und dem Auftreten von Psychosen gebe. Auch für Depressionen kann Cannabis verantwortlich sein. Ich zitiere Herrn Prof. Bönsch: Wer das Rauschmittel Cannabis regelmä-

ßig in mittlerer bis höherer Dosierung konsumiere, "hat eine ganz reelle Chance, Patient bei uns zu werden". Gerade Patientinnen und Patienten, die im Alter von unter 40 Jahren mit einer Psychose in die Klinik kämen, hätten nur selten keinen Kontakt mit Cannabis gehabt. Gefährdet sei vor allem, wer schon in recht jungen Jahren Kontakt mit Cannabis habe. Das Gehirn sei erst mit rund 25 Jahren komplett ausgereift. Gerade bis dahin sei Cannabiskonsum Gift für das Gehirn. – Das habe nicht ich gesagt, sondern Prof. Bönsch.

Cannabis kann durchaus ein probates Mittel in der Schmerztherapie sein. Dazu stehen wir auch. Das kann uns helfen. Wir müssen aber aufpassen, wenn Cannabis legalisiert wird – Cannabis ist die Einstiegsdroge Nummer eins – und es dann immer weitergeht. Ich glaube, wir sind nicht gut beraten, wenn wir Cannabis legalisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn es ein charmanter Gedanke ist, sich die derzeitige Ampel-Politik in Berlin einfach mal schönzukiffen, lehnen wir FREIEN WÄHLER die geplante Legalisierung von Cannabis in der aktuellen Fassung ab. Ich hoffe, dass der Bundesrat das Gesetz im Vermittlungsausschuss noch rechtzeitig stoppen wird. Deswegen hoffen wir, dass der Antrag heute Zustimmung findet. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. – Die erste ist von Herrn Horst Arnold von der SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Werter Kollege Zöller, Sie zitieren Herrn Prof. Bönsch. Wenn ich das richtig verstanden habe, interpretieren Sie dieses Gesetz als Anstiftung zum Drogenkonsum durch die Ampel. So haben Sie es ja gesagt. Dazu muss ich einmal sagen: So seriös wird wohl der Herr Prof. Bönsch mit Ihnen bei der Beratung nicht umgegangen sein, oder? Dürfen Sie ihn zitieren?

Nächste Frage zu Straßenverkehrsdelikten: Wie schwierig soll das sein? Was ändert dieses Gesetz an der derzeitigen Straßenverkehrs- bzw. Sicherheitsgesetzgebung? – Nichts! Null!

(Klaus Holetschek (CSU): Mehr kiffen!)

Was ändert dieses Gesetz in diesem Zusammenhang am Minderjährigenschutz? Die Abgabe erfolgt nur an Personen über 18 Jahren. Außerdem erfolgt die Abgabe legal. Die Abgabe an Minderjährige ist wie schon jetzt auch in Zukunft strafbar und wird teilweise als Verbrechen geahndet. Wo nehmen Sie die Chuzpe her zu behaupten, dass eine bekiffte Situation dazu geführt habe, für dieses Gesetz zu sprechen, und Sie als nüchterner Mensch die Befugnis haben, derartigen Kack zu verbreiten?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Na, na!)

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Also, Herr Kollege Arnold, ich werte das jetzt mal als Ihr persönliches Statement. Ich habe überhaupt nicht gesagt, dass die Ampel-Regierung die Jugendlichen zum Cannabiskonsum anstiften will. Das habe ich so nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass wir gegen die Legalisierung von Cannabis sind.

Alles andere, was Sie mir soeben entgegengeworfen haben, ist als Ihre persönliche Meinung in Ordnung. Ich habe hier soeben meine Meinung gesagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur zweiten Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kerstin Celina vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Kollege, ich habe mich während Ihrer Rede fremdgeschämt,

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

weil das, was Sie gerade gesagt haben, genau das ist, was Leute an Politik so nervt, nämlich dieses Aufeinandereindreschen ohne konstruktive Lösungen zu finden.

Ich glaube, wir haben auf Bundesebene und auch auf Landesebene klargestellt, dass das Gesetz ein Gesetz ist, das erwachsenen Menschen die Möglichkeit gibt, das, was sie sowieso schon tun, unter besseren gesundheitlichen Bedingungen zu tun, und zwar mit nur einem einzigen Mittel, Cannabis.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Auch mit der Wiederholung wird es nicht richtig!)

Daher noch einmal meine Frage: Woher kommt Ihre Ansicht, dass dieses Gesetz den Jugendschutz verschlechtern würde, nachdem so viele Punkte, wie zum Beispiel die Sperrzone und das Verbot eines Konsums in der Nähe von Minderjährigen usw., aufgenommen wurden?

Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER): Wenn Sie sich meinetwegen fremdschämen, kann ich damit leben. Ich glaube, dass eine gute und kontroverse Diskussion hier im Hause wichtig ist. Es gibt Diskussionen mit Teilen hier im Haus, die nicht gut geführt werden. Ich glaube aber, dass wir als Demokraten auch streiten können. Alles andere sehe ich nicht so wie Sie, auch nicht die Sperrzonen. Ich finde es auch nicht gut, wenn jemand vor einem Kindergarten steht und eine Flasche Bier trinkt. Ich muss jetzt wirklich sagen: Das ist ein Schmarrn. Das ist weit hergeholt.

Wir haben ausgeführt: Die Legalisierung von Cannabis zeigt in die Richtung, dass man sagt: Es ist okay, wenn man das macht. – Ich will den Jugendlichen dagegen eher raten: Geht raus, macht Sport, ernährt euch gesund, esst, was ihr wollt, trinkt, was ihr wollt, lebt ausgewogen, ernährt euch ausgewogen. Ich glaube aber, Cannabis gehört nicht dazu. Das ist meine persönliche Einstellung. Es tut mir leid, Frau Kollegin Celina.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zöller. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Judith Gerlach das Wort.

Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie, was ich an dieser Debatte besonders bitter finde? – Ich habe jeden Tag mit Krankenhäusern zu tun, die finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen. Sie haben große Probleme und Betriebsdefizite. Einige Krankenhäuser kämpfen ums Überleben. Die Betriebsdefizite sind vom Bund zu tragen, vom Bund, der die Krankenhäuser im Regen stehen lässt.

(Klaus Holetschek (CSU): So ist es!)

Die flächendeckende Krankenhauslandschaft ist in Deutschland stark gefährdet. Den Bundesgesundheitsminister lässt das aber kalt. Er wird hingegen bei der Drogenlegalisierung aktiv. Ich frage mich wirklich und ernsthaft, was seriöse Politik angeht: Ist es das, was die Menschen von uns und der Politik erwarten, von einer guten Gesundheitspolitik? – Ich glaube, nein!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Es ist ein Wahnsinn und hat auch wenig mit Parteipolitik zu tun, dass die Ampel, allen voran Gesundheitsminister Lauterbach als Arzt, die Warnungen vieler ausgewiesener und vielfältiger Fachleute komplett ignoriert. Wir haben das heute schon mehrfach gehört. Ich frage mich manchmal, ob die Rauchschwaden um die Bundesregierung schon so dicht geworden sind, dass man all die eindringlichen Appelle zu diesem Thema nicht mehr wahrnehmen kann. Ich bin mir da unsicher.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Also bitte! – Michael Hofmann (CSU): Fahr mal runter, Kumpel!)

Ich möchte hier ein paar der überwältigenden Gegenstimmen aufzählen, damit Sie diese, die bisher nicht wahrgenommen wurden, einmal hören.

Die Innenministerkonferenz hat ein Gutachten in Auftrag gegeben. Es wird bestätigt, dass die praktische Umsetzung des Gesetzes sehr kontrollintensiv sein wird, dass alle Bereiche der Sicherheitsbehörden dadurch belastet werden. Die Gewerkschaft der Polizei hat sich dem ausdrücklich angeschlossen.

Eines der Kernargumente der Ampel, die Entlastung der Polizei, ist damit ganz eindeutig widerlegt.

Forscherinnen und Forscher aus Hamburg haben in einem im Frühjahr 2023 veröffentlichten Gutachten zu den Effekten einer Cannabis-Legalisierung über 160 Studien ausgewertet. Sie kamen zu dem klaren Ergebnis, dass die Cannabis-Legalisierung vielfältige Probleme schaffen werde, nämlich mehr Verkehrsunfälle und volle Notaufnahmen.

Ein gemeinsames Schreiben der Bundesärztekammer mit einem breiten Bündnis von Fachverbänden aus dem Gesundheitswesen, der Pädagogik und der Justiz vom Dezember 2023 ging an alle Bundestagsabgeordneten persönlich und warnte vor den Folgen der Legalisierung.

Auch aus den Reihen der SPD gibt es ja, wie man weiß, einige Stimmen, die sich deutlich dagegen aussprechen und auch in ihren eigenen Reihen dafür geworben haben, dem Vorhaben nicht zuzustimmen. Sie haben einen Brandbrief an die Fraktion gerichtet und dazu aufgefordert, der Legalisierung nicht zuzustimmen.

Ich fordere die Bundesregierung an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich auf: Nehmen Sie Ihre Scheuklappen ab! Hören Sie auf die Warnungen der Expertinnen und Experten und stoppen Sie diesen Legalisierungssirrsinn!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Die Ideologie liegt nämlich ganz klar auf Ihrer Seite. Sie sind ideologisch getrieben. Man sucht vielleicht auch irgendein Gewinnerprojekt, weil man andere Sachen nicht hinbekommt. Ich weiß es nicht.

Auf jeden Fall ist es – davon bin ich überzeugt – eine gefährliche Verharmlosung einer Droge. Es ist ein offizieller Stempel, der vom Staat so in der Art gegeben wird: Ist doch erlaubt, dann kann es doch nicht so schlimm sein.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig, genau so ist es!)

Das ist brandgefährlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Niemand wird es leugnen: Cannabis geht mit erheblichen Risiken einher. Es kann abhängig machen. Es erhöht nachweislich das Risiko für psychische Erkrankungen wie Angststörungen, Depressionen; es können auch Psychosen ausgelöst werden.

Die Ampelkoalition setzt mit der Legalisierung geradezu fahrlässig auch die Gesundheit junger Menschen aufs Spiel. Mir muss mal jemand erklären, wo da der Gesundheitsschutz sein soll; denn für die jungen Menschen geht der Konsum aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Gehirnentwicklung mit besonders gravierenden Risiken einher. Das Gesetz sieht vor, dass Anbauvereinigungen an Erwachsene unter 21 Jahren im Monat bis zu 30 Gramm Cannabis abgeben dürfen. Das sind mehr als 90 Joints im Monat für Menschen zwischen 18 und 21 Jahren. Das muss man sich mal vorstellen.

Die Kernargumente der Legalisierungsbefürworter – Austrocknung des Schwarzmarkts, Entlastung von Polizei und Justiz – sind längst widerlegt. Es gibt keinen vernünftigen Grund für die Legalisierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Das Gesetz sieht für die Anbauvereinigung vielfältige Vorgaben und Dokumentationsvorschriften vor. Das wird sich natürlich auch im Preis, zu dem die Anbauvereinigungen Cannabis abgeben dürfen, widerspiegeln, sodass der Schwarzmarkt in der Regel nicht unterboten wird. Es wird immer niederschwelliger und günstiger sein, sich etwas

auf dem Schwarzmarkt zu besorgen. Außerdem wird es auf dem Schwarzmarkt natürlich weiterhin Cannabis mit höherem THC-Gehalt geben. Die gegenteilige Einschätzung von Bundesminister Lauterbach ist vor diesem Hintergrund also völlig abwegig.

Auch die Behauptung einer Entlastung von Polizei und Justiz ist schlicht und einfach falsch. Der Vollzugsaufwand wird nicht ab-, sondern sogar deutlich zunehmen. Die Ressourcen der Justiz werden allein durch die Vielzahl der Straftatbestände, die das Gesetz jetzt vorsieht, aber auch durch die geplanten rückwirkenden Straferlässe sehr belastet; das muss ja alles geprüft werden. Aktuelle Schätzungen der bayerischen Staatsanwaltschaften gehen von einer fünfstelligen Zahl an Verfahrensakten aus, die jetzt händisch überprüft werden müssen, um entsprechende Verfahren zu identifizieren.

Dabei bleibt es aber nicht: Die Überwachung von Konsumverbotszonen, zum Beispiel rund um Schulen, Kindergärten und Anbauvereinigungen, wird die Ressourcen der Polizei, aber natürlich auch der Ordnungsbehörden erheblich beanspruchen.

Kollegin Celina, das sind übrigens nicht, wie vorhin behauptet, 200 Meter. Es sind 100 Meter.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Sichtweite!)

– Genau, Sichtweite! Sie sagt es selbst. In Sichtweite kann man jetzt einen Joint rauchen.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Außerhalb der Sichtweite!)

In der Nähe einer Grundschule!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Dann reden Sie von Jugendschutz. Das ist wirklich lachhaft. Das führt in keinem Fall zu mehr Schutz unserer jungen Menschen. Davon bin ich überzeugt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Wir müssen auch das sehen: Wir werden durch die Cannabis-Legalisierung einen enormen zusätzlichen Vollzugs- und Personalbedarf in unserem Land haben. Das betrifft vor allem die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften durch die Anbauvereinigungen. Auf uns kommen zum Beispiel notwendige Sicherungsmaßnahmen vor dem unbefugten Zugriff Dritter, auch Maßnahmen zur Verhinderung des Zutritts für Personen unter 18 Jahren und die Einhaltung der vielfältigen Dokumentations- und Berichtspflichten zu. Die Überwachung wird mit einem immensen zusätzlichen Personal- und damit auch Geldaufwand einhergehen. Bayern wird sich daher gut auf ein Inkrafttreten des Cannabisgesetzes vorbereiten und das Gesetz auch möglichst streng und restriktiv auslegen, um den Konsum einzudämmen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ganz besonders die geplante zentrale Kontroll-einheit hervorheben. Mit ihr werden wir in Bayern ein schlagkräftiges Instrument haben, mit dem wir den Anbauvereinigungen auf die Finger schauen werden. Diese Einheit wird genau darauf achten und ganz engmaschig kontrollieren, ob die Anbauvereinigungen die Voraussetzungen für den Cannabisanbau erfüllen und einhalten. Das wird bereits bei den Erlaubnisverfahren beginnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte schließen, aber noch einmal darauf ein Augenmerk legen: Die Legalisierung wurde von Medizinerkreisen erst kürzlich als ein Feldversuch in der Gesellschaft bezeichnet. Ich sage, wir dürfen mit der Gesundheit keine Experimente machen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Horst Arnold, SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin! Ich kann Ihnen nur noch einmal das Zitat des Bundesverfassungsgerichts von vor 30 Jahren vorhalten. Überlegen Sie dann mal, was Sie da gesagt haben. Das ist vor 30 Jahren schon gesagt worden: Soweit Strafgesetze Verhalten mit Strafe bedrohen, das den gelegentlichen Eigenverbrauch geringer Mengen von Cannabisprodukten vorbereitet, ist in diesen Fällen von der Verfolgung von Straftaten abzusehen.

Man kann das jetzt juristisch werten. Man kann es aber auch als Laie sehen. Schon damals war das ein Zeichen dafür, von dieser strikten Strafverfolgung abzukommen.

Alle Faktoren für die Zukunft, die Sie genannt haben, sind Prognosen. Tatsächlich sind doch jetzt schon Zahlen da, die sagen, dass die bisherige Drogenkriminalisierungspolitik mit allen Anstrengungen, die wir mit der Justiz, Polizei und Prävention unternahmen, nicht zu dem Ergebnis geführt haben, dass man sagen kann, die Ampel hätte Cannabis erfunden. Vielmehr ist das ein gesellschaftliches Problem, das an allen Bereichen unserer Gesellschaft intensiv nagt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Mit der Legalisierung ist eine der wenigen Möglichkeiten gegeben, neue Wege einzuschlagen. Das ist kein Experiment, sondern ein Versuch, konstruktiv zu sein.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Ministerin, bitte.

Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention): Lieber Kollege Arnold, ich habe dem keine Frage entnommen; das war eher ein Statement. Auf mich wirkt das wie ein Kapitulieren der Bundesregierung vor einer Situation, die sie anscheinend nicht lösen kann. Sie sagt zu dieser Situation: Dann legalisiere ich es lieber, dann hat man wenigstens kein Problem, weil es dann nicht mehr strafbar ist. – Das kann für dieses Problem nicht die Lösung sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Wenn im Gegenzug dazu wenigstens ordentlich aufgestockt und mit mehr Mitteln als zuvor Pläne und tolle Initiativen zur Prävention gemacht würden!

(Paul Knoblach (GRÜNE): Machen wir doch!)

Ich erinnere daran, dass sich Lauterbach hingestellt und schon fast dafür geworben hat, dass jetzt die Legalisierung kommt, so in der Art: Ist schon gefährlich, aber Leute, es ist jetzt legal. – Das kann nicht sein Ernst sein. Hören Sie doch mal auf die Leute draußen. Die haben ganz andere Probleme.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr macht es doch zum Thema!)

Die wollen wissen: Kriegt meine Mutter einen Pflegeplatz? Die wollen wissen: Reicht das Antibiotikum für die Kinder über den Herbst und den Winter? – Das sind die Punkte, die die Leute interessieren, und nicht die Frage, ob man jetzt irgendwo legal einen Joint rauchen kann. Mich hat noch nie jemand darauf angesprochen, dass das die Schwerpunkte der Gesundheitspolitik sein sollten. Ich würde mir sehr genau überlegen, was ich da mache.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Gerlach. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/489 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Gegenstimmen! – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.